



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



LAND
BRANDENBURG

Ministerium für Arbeit,
Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie

Zielvereinbarung

zwischen dem

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

vertreten durch Herrn Staatssekretär

Thorben Albrecht

und dem

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,

Frauen und Familie

des Landes Brandenburg

vertreten durch Frau Staatssekretärin

Almuth Hartwig-Tiedt

zur Erreichung der Ziele der

Grundsicherung für Arbeitsuchende durch

zugelassene kommunale Träger im Land Brandenburg

im Jahr 2017

Gemäß § 48b Abs. 1 S. 1 Nr. 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) schließt das
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

mit dem

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASGF)

zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende

hinsichtlich der Leistungserbringung durch die zugelassenen kommunalen Träger

für das Jahr 2017 folgende

Zielvereinbarung

Grundsätze

Die Aufnahme und Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit, die Erhaltung, Verbesserung oder Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit sowie die Unabhängigkeit von staatlichen Hilfeleistungen sind die zentralen Anliegen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II). Diese Zielvereinbarung ist deshalb darauf ausgerichtet, möglichst viele Leistungsberechtigte dauerhaft in existenzsichernde Erwerbstätigkeit einzugliedern und die Hilfebedürftigkeit insgesamt zu vermindern. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Vermeidung und Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit gelegt. Die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt ist als Querschnittsaufgabe durchgängig zu berücksichtigen.

Die Überwindung von Hilfebedürftigkeit setzt im Regelfall eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit voraus. Die Anstrengungen der Beteiligten sind daher in erster Linie hierauf auszurichten. Hierbei fördern sie verstärkt auch Frauen in Bedarfsgemeinschaften mit Kindern und nehmen deren berufliche Integration stärker in den Fokus. Die Eigenverantwortung der Leistungsberechtigten und der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen ist neben der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen die entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Leistungserbringung der Träger. Darüber hinaus soll bereits das Entstehen von Hilfebedürftigkeit vermieden und Hilfebedürftigkeit verkürzt und vermindert werden.

Diejenigen Leistungsberechtigten, die nicht unmittelbar in Erwerbstätigkeit vermittelt werden können, sollen Leistungen erhalten, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglichen und ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessern.

Rahmenbedingungen

Die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des SGB II stellen sich für das Jahr 2017 gemäß Herbstprojektion der Bundesregierung sowie der Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wie folgt dar.

Die Bundesregierung geht von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,4 Prozent im Jahr 2017 aus. Die Prognosen des IAB sind nahezu identisch und liegen bei einem Anstieg um 1,3 Prozent.

Die deutsche Wirtschaft wächst weiter und befindet sich trotz der gedämpften internationalen Perspektiven auf einem guten Weg. Dazu tragen vor allem die steigende Beschäftigung sowie das nach wie vor starke Niveau der privaten Konsumausgaben bei. Auch aus Sicht des IAB senden die wirtschaftlichen Frühindikatoren trotz bestehender weltwirtschaftlicher Risiken überwiegend günstige Signale. Die große Herausforderung für Deutschland ist die Migration von Geflüchteten aus den Krisengebieten.

Der Arbeitsmarkt ist in einer insgesamt robusten Situation. Das IAB sieht den Arbeitsmarkt daher auch für die fortdauernde Herausforderung der Integration von Geflüchteten gut gerüstet.

Das IAB prognostiziert für 2017 eine Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 480.000 auf 44,03 Mio. Die Bundesregierung geht in ihrer Herbstprojektion parallel von knapp 44 Mio. Erwerbstätigen im Jahr 2017 aus.

Wegen der insgesamt erwarteten günstigen konjunkturellen Entwicklung wird trotz der besonderen Situation infolge der hohen Zuwanderungszahlen perspektivisch mit einem leichten Sinken der Arbeitslosigkeit gerechnet. Die Arbeitslosigkeit wird nach Schätzung des IAB im Jahresdurchschnitt 2017 um 72.000 Personen auf 2,62 Mio. sinken. Die Bundesregierung geht von 2,66 Mio. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2017 aus.

Für die Entwicklungen in den Rechtskreisen berücksichtigt das IAB, dass die Arbeitslosigkeit im SGB III bereits relativ gering ist. Ferner werden seit dem 1. Januar 2017 Parallelbezieher, die neben Arbeitslosengeld aus dem Versicherungssystem auch Arbeitslosengeld II erhalten, vermittlerisch von der Agentur für Arbeit betreut. Unter anderem wird daher im SGB III insgesamt mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit (8.000) gerechnet. Für das SGB II geht das IAB von einem Absinken der Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2017 aus (80.000). Hierbei hat das IAB die vermehrten Arbeitslosmeldungen von Geflüchteten berücksichtigt, die nach Durchlaufen des Asylverfahrens im SGB II registriert werden. Für die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II geht das IAB für das Jahr 2017 von einem jahresdurchschnittlichen Bestand von 4,44 Mio. aus.

Hinsichtlich der finanziellen Rahmenbedingungen für 2017 ergibt sich gegenüber dem Gesamtansatz für 2016 eine leichte Steigerung. Der Haushaltsansatz für den Eingliederungstitel 2017 beläuft sich auf Bundesebene auf eine Höhe von 4,44 Milliarden Euro (Jahr 2016: 4,15 Milliarden Euro) und für die Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind bundesweit Mittel in Höhe von ebenfalls 4,44 Milliarden Euro (Jahr 2016: 4,37 Milliarden Euro) veranschlagt. Neben den Ausgaberesten in Höhe von 350 Millionen Euro wurden den Jobcentern für das Jahr 2017 unterjährig weitere 100 Millionen Euro an Ausgaberesten zur Verfügung gestellt.

§ 1 Verpflichtung der Vereinbarungspartner

(1) Das BMAS und das MASGF setzen sich dafür ein, dass die in § 3 zu den landesweiten Zielen für die zugelassenen kommunalen Träger vereinbarten Zielaussagen erreicht werden. Die Maßnahmen zur Zielerreichung erfolgen wirkungsorientiert und wirtschaftlich.

(2) Das MASGF schließt als zuständige Landesbehörde zu diesem Zweck gem. § 48b Abs. 1 S. 1 Nr. 4 SGB II Zielvereinbarungen mit den zugelassenen kommunalen Trägern im Land Brandenburg ab.

§ 2 Haushaltsmittel und gesetzliche Neuregelungen

(1) Auf Grundlage der Eingliederungsmittel-Verordnung 2017, der Inanspruchnahme der Ausgabereste 2016 (bundesweit 450 Millionen Euro) sowie der beiden Tranchen für flüchtlingsinduzierte Mehrbedarfe stehen den sieben zugelassenen kommunalen Trägern im Land Brandenburg im Jahr 2017 folgende Haushaltsansätze (ohne Leistungen nach § 16e SGB II a.F.) zur Verfügung:

- | | | |
|----|--|------------------|
| 1. | für Verwaltungs- und Sachkosten | 83.363.803 Euro, |
| 2. | für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit | 64.572.149 Euro. |

(2) Die Auswirkungen von gesetzlichen Neuregelungen im Leistungsrecht werden berücksichtigt.

§ 3 Zielindikatoren, Ergänzungsgrößen und Ziele

(1) Hinsichtlich der Zielindikatoren und der jeweils zu berücksichtigenden Ergänzungsgrößen findet die Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vom 12.08.2010 (BGBl. I S. 1152) Anwendung.

(2) Das BMAS und das MASGF vereinbaren sich zu folgenden Zielen:

1. Verringerung der Hilfebedürftigkeit

Ziel ist es, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung nach SGB II aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten, damit die Hilfebedürftigkeit insgesamt verringert wird.

Für die Nachhaltigkeit der Erreichung dieses Ziels wird im Vergleich zum Vorjahr die Entwicklung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Rahmen eines Monitorings beobachtet.

Stärker als bisher soll im Monitoring der Einfluss der Qualität der Integrationen auf die Entwicklung der Hilfebedürftigkeit betrachtet werden. Hierzu werden die Nachhaltigkeit der Integrationen und bedarfsdeckende Integrationen beobachtet. Darüber hinaus wird besonderes Augenmerk auf die Integrationsquote der Langzeitleistungsbezieher sowie auf die Zahl der Langzeitleistungsbezieher, die seit vier Jahren oder länger als erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Hilfebezug sind, gelegt.

2. Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit

Ziel ist es, die Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu überwinden. Dies soll vor allem durch die Erhöhung der Zahl der Integrationen in Erwerbstätigkeit erfolgen. Zielindikator für dieses Ziel ist die Integrationsquote.

Das Ziel ist im Jahr 2017 erreicht, wenn die Integrationsquote der zugelassenen kommunalen Träger im Land Brandenburg im Durchschnitt um nicht mehr als 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr sinkt.

3. Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug

Ziel ist die Vermeidung und Verringerung von Langzeitleistungsbezug. Der Prävention und der Beendigung des Langzeitleistungsbezugs soll deshalb erhöhte Aufmerksamkeit zukommen. Damit wird zugleich ein Beitrag zum generellen Ziel des SGB II geleistet, die Dauer des Hilfebezugs zu verkürzen, die Entstehung von Langzeitleistungsbezug zu verhindern und die sozialen Teilhabechancen sowie die Beschäftigungsfähigkeit auch für marktbenachteiligte Leistungsberechtigte zu verbessern.

Das Ziel ist im Jahr 2017 erreicht, wenn der durchschnittliche Bestand an Langzeitleistungsbeziehenden der zugelassenen kommunalen Träger des Landes Brandenburg gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 4,8 Prozent sinkt.

4. Verbesserung der Integration von Alleinerziehenden in Erwerbstätigkeit

Der Integration von Alleinerziehenden in Erwerbstätigkeit soll besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dazu soll im Jahr 2017 die Ergänzungsgröße "Integrationsquote der Alleinerziehenden" nach § 5 Absatz 2 Nummer 4 der Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a Absatz 2 SGB II vom 12.08.2010 (BGBl. I S. 1152) im Vergleich zum Vorjahr in ihrem Verlauf beobachtet werden.

§ 4 Dialoge zur Zielerreichung

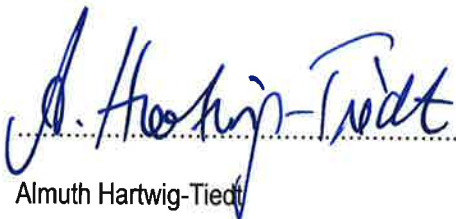
(1) Das BMAS und das MASGF führen in vertrauensvoller Zusammenarbeit unterjährig in regelmäßigen Abständen – mindestens jedoch zweimal jährlich – Dialoge zur Entwicklung in den Zielindikatoren. Der Dialog im Frühjahr 2018 wird zu den Gesamtergebnissen der Zielsteuerung 2017 geführt, welche auf Basis von Daten mit einer Wartezeit von 3 Monaten ermittelt werden.

(2) Das BMAS analysiert die Zielerreichung auf der Grundlage von Daten ohne Wartezeit und stellt die Analysen dem MASGF im Vorfeld der Dialoge zur Zielerreichung und zu weiteren Terminen zur Verfügung zur Verfügung.

(3) Unterjährige Abweichungen von den in § 2 festgelegten Haushaltsmitteln und den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten werden bei der Beurteilung der Zielerreichung ebenso berücksichtigt wie konjunkturelle und strukturelle Besonderheiten. Insbesondere die aus den Herausforderungen durch Zuwanderung, Flucht und Asyl resultierende Unsicherheit in der Zielplanung wird bei der Betrachtung der tatsächlichen Entwicklung im Rahmen der Zielnachhaltung angemessen berücksichtigt.

Für das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie des Landes Brandenburg

Für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales



Almuth Hartwig-Tiedt

Staatssekretärin

Potsdam, den 26.9.17



Thorben Albrecht

Staatssekretär

Berlin, den 02.10.17.